

## **„Die Bundesregierung hat keine Legitimation für den Abbau von Umwelt- und Naturschutz“**

Mehr Klimaschutz, mehr Biodiversität, mehr ökologische Landwirtschaft mehr ökologische Mobilität und VerbraucherInnenenschutz

*Die schwarz-gelbe Koalitionsvereinbarung droht mit Angriffen auf den Natur- und Umweltschutz.*

*Die Bundesdelegiertenversammlung des BUND stellt dazu fest:*

*Die Bundestagswahl war kein Votum für Atomkraft, Kohle, Gentechnik, Massentierhaltung oder für die Absenkung von Grenzwerten für umwelt- und gesundheitsschädigende Chemikalien oder Technologien. Das Ergebnis der Bundestagswahl ist auch kein Votum dafür, Naturschutzregelungen weiter abzubauen, um Investoren und Bauverwaltungen zerstörerische Eingriffe in die Natur in Deutschland zu erleichtern, während im gleichen Atemzug etwa von Brasilien der Erhalt der grünen Lungen unseres Planeten gefordert wird. Wir sind sicher: Der Umwelt- und Naturschutz hat in Deutschland weiter die Mehrheit der Bevölkerung auf seiner Seite.*

Wir als BDV sehen, Union und FDP haben in der Koalitionsvereinbarung wichtige folgende Fragen der Umweltbewegung positiv aufgegriffen, die nun auch umgesetzt werden müssen:

- Die Koalition bekennt sich zu den zentralen Klimaschutzziele und zum weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien – eine Tatsache, die vor 4 Jahren noch undenkbar erschien.
- Die Koalition erklärt, die Biodiversität erhalten und Vorzeigeprojekte wie das Nationale Naturerbe und das Grüne Band weiter sichern zu wollen.
- Im Koalitionsvertrag bekennen sich CDU/CSU und FDP dazu, frei fließende Flüsse schützen und Meeresschutzgebiete ausweisen zu wollen.
- Die drei Regierungsparteien bekennen sich zum Ausbau der VerbraucherInnenrechte.

Wenn die Bundesregierung diesen Bekenntnissen Taten folgen lässt, wird der BUND sie dabei engagiert unterstützen. Doch wir sind skeptisch. Im Koalitionsvertrag wird den Interessen der Industrie Vorrang eingeräumt, an Atomkraft festgehalten und die Weichen in der Landwirtschafts-, Verkehrs- und Chemiewirtschaft sind falsch gestellt worden:

- Das Festhalten an der unbeherrschbaren Atomenergie mit der geplanten Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke ignoriert die wissenschaftliche Erkenntnis, dass Atomkraftwerke niemals sicher betrieben werden können und eine sichere Endlagerung nicht einmal auf dem Papier besteht. Nur die Energiekonzerne profitieren von einer Laufzeitverlängerung. Sie würden milliardenschwere Zusatzgewinne einstreichen. Auf der Strecke blieben neue Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen, der Klimaschutz und die Sicherheit in Deutschland. Längere AKW-Laufzeiten – verbunden mit dem Neubau von Kohlekraftwerken – verhindern eine Energiewende in Deutschland.
- Die Öffnung gegenüber der Agro-Gentechnik, das Festhalten an Agrarsubventionen ohne Gegenleistung für das Gemeinwohl, die Vereinfachung der Zulassung von Pestiziden bringt nicht mehr gesunde Lebensmittel, mehr Arbeitsplätze im ländlichen Raum oder Schutz für unsere

wertvollen Kulturlandschaften, sondern unterwirft diese Landschaften und die Menschen, die dort leben einem gnadenlosen weltweiten Konkurrenzkampf, den unsere Natur und bäuerliche Betriebe nicht überleben können.

- Mit den geplanten Erleichterungen für Eingriffe in Natur und Landschaft wird der dramatische Verlust an Arten und Lebensräumen in Deutschland weiter verschärft. Der Koalitionsvertrag stellt den Erhalt der Biodiversität – und damit unsere Lebensgrundlagen – in Frage.
- Mit den Ausbauplänen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur plädiert Schwarz-Gelb für „Weiter so mit Beton“. Diese Planungen tragen nicht zu einer nachhaltigen Entwicklung unserer Regionen bei, sondern machen Deutschland zur klima- und gesundheitsschädlichen Verkehrsdrehscheibe für ganz Europa.
- Die Mehrheit der Menschen will mehr Schutz vor gesundheitsgefährdenden Chemikalien, die in vielen Alltagsprodukten enthalten sind. Die Ankündigung im Koalitionsvertrag, bei der Zulassung von Bioziden „bürokratische Hürden abzubauen“ und im Verfahren der europäischen Chemikalienverordnung REACH „Gebühren zu senken“, lässt darauf schließen, dass der Umwelt- und Verbraucherschutz hinter den Interessen der Industrie zurückstehen soll.
- Die Bundesregierung scheint an einer Deregulierung und kurzfristigen Wachstumsorientierung festhalten zu wollen, die mit der jüngsten Finanzkrise spektakulär gescheitert ist. Von einem grundsätzlichen Umsteuern ist wenig zu erkennen. Es soll weiter ein Wachstum mit horrenden Kosten erzwungen werden, das längst nicht mehr den Wohlstand und die Sicherheit der Menschen steigert.

Der BUND mit seinen fast 500.000 Mitgliedern und UnterstützerInnen wird diese Angriffe auf den Umwelt und Naturschutz in Deutschland nicht hinnehmen. Wir wissen: Auch in der CDU, CSU und FDP und unter den Wählern dieser Parteien werden viele Menschen diese Angriffe auf den Mehrheitswillen der Bevölkerung, auf zentrale umweltpolitische Errungenschaften nicht akzeptieren.

Die Antwort des BUND auf Schwarz-Gelb heißt: Wir werden unser Engagement für ein Zukunftsfähiges Deutschland verstärken:

- mit den Anti-Atominitiativen den längst fälligen Atomausstieg unüberhörbar auf der Straße und an den Atomstandorten einfordern. Wir werden dafür sorgen, dass nicht die Atomkraft, sondern die Anti-AKW-Bewegung in den nächsten Jahren eine flächendeckende Renaissance erlebt;
- sich von der lokalen bis zur internationalen Ebene für die Beschleunigung der Energiewende und somit gegen neue Kohlekraftwerke und gegen die Feigenblatt-Technologie CCS einsetzen – für echten Klimaschutz ohne Tricks und Ablasshandel;
- diejenigen Initiativen unterstützen, die sich im Sinne der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung gegen Gentechnik und Massentierhaltung in Deutschland richten, und die Initiativen fördern, die vormachen, dass Deutschland nachhaltig wirtschaften kann;
- Bäuerinnen und Bauern unterstützen, die für sich eine nachhaltige Existenz suchen und gesunde Lebensmittel ohne Umweltbelastung für die Mehrheit der Menschen in Deutschland produzieren wollen;
- seine Bündnisse mit Kirchen und Gewerkschaften verstärken, um die Umweltbewegung und die soziale Bewegung noch besser zu vernetzen und gemeinsam für eine gerechte, lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle zu streiten;

- mit Mittelstand und Handwerk Gespräche führen zur Umsetzung einer nachhaltigen Wirtschaft auf der Basis einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft.
- mit Politikerinnen und Politikern aller Parteien in Parlament und Regierung zusammenarbeiten, um den Klimaschutz, den Schutz von Natur und Umwelt zu fördern;
- in den nächsten Monaten mit aller Kraft sein Projekt „500.000“ voranbringen: noch mehr Menschen für den Natur- und Umweltschutz und den größten deutschen Umweltverband gewinnen.

Bad Hersfeld, 21. November 2009

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.